



Fotos: Laurence Chaperon und CDU-Bilderservice

Wertekongress

## „Grundsätze für Deutschland“

Globalisierung der Wirtschaft, demographischer Wandel, neue sicherheitspolitische Herausforderungen – um auf diese und weitere Herausforderungen die richtigen Antworten zu finden, hat der CDU-Bundesvorstand zum Jahresbeginn beschlossen, bis zum Parteitag 2007 das Grundsatzprogramm aus dem Jahr 1994 zu erneuern und zu modernisieren.

Der CDU als großer Volkspartei der Mitte ist es wichtig, über die Grundsätze der

Partei und die Herausforderungen, denen sich Deutschland stellen muss, sowohl innerhalb der ganzen Partei zu diskutieren, als auch den Austausch mit möglichst vielen Bürgern, Experten, Wissenschaftlern und Meinungsbildnern zu suchen. Deshalb lädt sie in regelmäßigen Abständen zu öffentlichen Veranstaltungen ein. Nach einem ersten Wertekongress im Februar und einer Reihe von bundesweiten Regionalkonferenzen im Frühjahr fand jetzt unter dem Titel ▶



Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel während ihrer Grundsatzrede

► „Grundsätze für Deutschland“ ein zweiter Kongress in Berlin statt. Dabei wurden sowohl die Grundwerte der CDU aber auch alle acht Leitfragen, die den Rahmen des Grundsatzprogramm-Prozesses bilden, intensiv diskutiert. Über 1000 Interessierte – unter ihnen zahlreiche Grundsatzprogrammbeauftragte der Landes-, Kreis-, und Stadtverbände – und 300 Journalisten folgten der Einladung ins Kongresszentrum am Berliner Alexanderplatz.

Die CDU-Vorsitzende, Bundeskanzlerin Angela Merkel, wies in ihrer Rede auf die Bedeutung des Programmprozesses für die Partei und die seit dem letzten Grundsatzprogramm veränderten Rahmenbedingungen hin. Angela Merkel machte deutlich, dass sie im christlichen Menschenbild ein unveräußerliches Fundament der Partei sehe. Aus diesem Menschenbild leiteten sich die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und

Solidarität ab. Es gelte nicht Freiheit „von etwas“ zu erlangen, sondern Freiheit „zu etwas“: zur Übernahme von Verantwortung. „Für mich gibt es keine Hierarchie unter diesen Grundwerten. Sie bedingen einander“, erklärte die Parteivorsitzende. Die Begriffe stünden aber nicht in einem statischen, sondern in einem dynamischen Verhältnis zu einander. Dies sei auch einer der Gründe, warum in der Partei eine offene Debatte um ein neues Grundsatzprogramm geführt werden müsse. In diesem Zusammenhang ermunterte

Angela Merkel die Partei ausdrücklich dazu, kontroverse Debatten zu führen. Am Ende müsse dann ein Parteitag eine möglichst breite Mehrheit für das neue Programm finden.

## Volkspartei der Mitte

Die Vorsitzende betonte, dass die CDU die Volkspartei der Mitte sei. „Die Soziale Marktwirtschaft war und ist das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der CDU“, so Angela Merkel. Dies stelle niemand in Frage. Die Soziale Marktwirtschaft müsse aber den veränderten Rahmenbedingungen, wie z.B. der fortschreitenden Globalisierung, angepasst werden. In diesem Zusammenhang unterstrich Angela Merkel die Bedeutung der Beschlüsse des Leipziger Parteitags. „Für mich waren diese Beschlüsse

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

wichtig. Solche Beschlüsse geben Orientierung!“ So hätte es ohne den Beschluss zur Gesundheitsprämie durch die CDU in Leipzig jetzt nicht zur geplanten Einführung des Gesundheitsfonds kommen können. Die CDU-Vorsitzende sagte weiter, dass kein Staat einen „festgeschriebenen Rechtsanspruch“ auf eine erfolgreiche Entwicklung habe. Deshalb sei Veränderung nichts Schlechtes, sondern die notwendige Antwort auf eine sich verändernde Welt. Das allerschlimmste wäre, wenn „Politik einfach nichts tut und versucht, Besitzstände zu wahren“. In diesem Zusammenhang erinnerte die Kanzlerin daran, dass die CDU von Anfang an „eine Union für ganz Deutschland“ gewesen sei.



CDU-Generalsekretär  
Ronald Pofalla



Der Spitzenkandidat der Berliner CDU  
Friedbert Pflüger begrüßt die Gäste.

„Wir brauchen endlich wieder mehr Freiheit in Deutschland, um dem Leistungsgedanken wieder mehr Freiraum zu verschaffen“, forderte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla in seiner Rede. Der Vorsitzende der CDU-Grundsatzprogramm-Kommission kritisierte, dass es in Deutschland einen Ordnungsrahmen gebe, „der wirtschaftliche Tätigkeit behindert und auch verhindert“. Deshalb sei es Ziel der Grundsatzprogramm-Kommission, ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept für die Zukunft unserer Gesellschaft zu erarbeiten. Pofalla zeigte sich überzeugt, dass im Verlauf der Diskussion die

Unterschiede zwischen CDU und SPD noch deutlicher als schon jetzt würden: Während die CDU Wettbewerb, Leistung und die Verantwortung kleinerer Einheiten fördere, setze die Sozialdemokratie vor allem auf Umverteilung und die Staatsmacht. Der Generalsekretär kündigte an, dass die Union die Programmdebatte nutzen werde, um ihr Profil bis zur Bundestagswahl zu schärfen und sich vom Koalitionspartner SPD abzugrenzen. Deshalb sei auch klar: Mit Leipzig habe sich die CDU unumkehrbar für einen Kurs der „Ehrlichkeit und Klarheit“ entschieden: „Dabei muss es bleiben“. Abschließend rief Ronald Pofalla die Partei auf, „vorhandene Schätze wieder zum Glänzen zu bringen“. Die soziale Marktwirtschaft könne als Vorbild für die internationale Ordnung dienen. Die Identität der CDU mache aus, das christliche Menschenbild in den Mittelpunkt zu stellen, „und dabei muss es bleiben“.

Mit Blick auf die Grundsatzprogramm-Debatte forderte Angela Merkel ihre Partei auf, das beizubehalten, was sich bewährt hat und das zu verändern, was uns belastet. Zugleich ermahnte sie die Christdemokraten, sich programmatisch nicht zu verengen: Wenn die CDU Volkspartei der Mittel bleiben wolle, müsse sie offen sein für jede Gruppe in unserer Gesellschaft. Gerade das christliche Menschenbild mit seinem Verständnis von der Würde des Menschen biete der CDU die große Chance, auch die Menschen anzusprechen, die nicht mehr an die Gestaltungskraft der Politik glaubten.



## Diskussion in den Foren

### FORUM 1

#### „Was ist unsere Identität als Christliche Demokraten?“

Die von Wolfram Weimer, Chefredakteur der Zeitschrift „Cicero“, moderierte Diskussion setzte sich intensiv mit der Gewichtung der Grundwerte „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“ sowie mit der heutigen Bedeutung des christlichen Menschenbildes als Grundlage von Politik auseinander. Der stellvertretende CDU-Vorsitzende, Jürgen Rüttgers, wandte sich gegen eine Hierarchisierung der Werte und einseitige Betonung der Freiheit. Die Frage, „was Millionen Kinder, die in Sozialhilfe leben, von Freiheit erwarten können“, sei „eine politische Frage“, so der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, auf die „die CDU eine Antwort geben“ müsse. Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betonte: Die drei Grundwerte der CDU bedingten sich gegenseitig, aber der Mensch sei „zur Freiheit

geboren und nicht zur Gängelung“. Die Menschen hätten heute Angst vor der Freiheit, weil sie glaubten, von der Politik mit den Problemen der sozialen Sicherung und vielem anderen mehr allein gelassen zu werden. Deshalb müsse die Politik den Bürgern verdeutlichen, dass durch das Setzen der richtigen Rahmenbedingungen jedem geholfen werden könne, sich selbst zu helfen. Bildung sei hier der zentrale Schlüssel. Unterstützt wurde Kauder von Paul Nolte, Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin: Nolte hält die „Freiheitsdebatte“, die zurzeit in der CDU geführt wird, nicht für etwas Kurzfristiges, sondern für einen wichtigen Beitrag zu einer großen gesellschaftlichen Debatte in Deutschland. Im Kern gehe es dabei um die Frage, wie wir unser Land fit für die Zukunft machen können. In diesem Zusammenhang plädierte Nolte nachdrücklich dafür, die Menschen zu mehr Freiheit und Verantwortung zu ermutigen: Verantwortung verhin-dere die einseitige Betonung der Freiheit. Im

Übrigen sei das christliche Menschenbild ein optimistisches, das dabei helfe, die Herausforderungen der Zukunft anzupacken.

Einen Blick nach Amerika empfahl Michael Rutz, Chefredakteur des „Rheinischen Merkur“: Dort trage der Calvinismus dazu bei, Wirtschaft und Befindlichkeit der Menschen miteinander zu versöhnen. Reichtum sei gottgefällig, Neiddebatten wie in Deutschland würden daher weniger geführt. Im Übrigen trage die CDU auf Grund ihres Menschenbildes eine besondere politische Verantwortung in Fragen des Lebensschutzes und der Bioethik. Der Jesui-

sucht nach religiöser Erfahrung instrumentalisieren zu wollen: Das Transzendente entziehe sich dem. Dagegen sah er einen missionarischen, grenzüberschreitenden Auftrag der Religion, sich auch auf andere Lebensumstände und andere Kulturen einzulassen. Für die praktische Ausgestaltung von Politik bedeute dies, so der Jesuitenpater, dass man damit aufhören müsse, zwischen „brauchbaren und unbrauchbaren Ausländern“ zu unterscheiden.

Insgesamt stimmten die Teil-



Volker Kauder



Klaus Mertes SJ (Direktor Canisius Colleg), Jürgen Rüttgers (Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen), Wolfram Weimer (Chefredakteur Cicero), Volker Kauder (Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Prof. Dr. Paul Nolte (Prof. für Neuere Geschichte an der FU Berlin), Michael Rutz (Chefredakteur Rheinischer Merkur) (v. l.)



Jürgen Rüttgers

Direktor des Canisius-Kollegs in Berlin, stimmte dieser Auffassung zu, warnte die CDU aber gleichzeitig davor, die neue Sehn-

tenpater  
Klaus  
Mertes,

nehmer darin überein, dass die CDU zeitlos gültige Werte habe. Allerdings müsse im Zuge der Grundsatzprogramm-Debatte hinterfragt werden, was diese Werte angesichts veränderter Realitäten heute bedeuteten.

## FORUM 2

## „Wie ermöglichen wir die freie Entfaltung der Person und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft?“

Die von Christoph Keese, dem Chefredakteur der Welt am Sonntag, moderierte Diskussion kreiste um die Frage, ob es einen Widerspruch gebe zwischen der freien

Wolfgang Kersting, Professor für Politische Philosophie in Kiel, erklärte, dass Politik für die Rahmenbedingungen von Entfaltung und Teilhabe zuständig sei: für die Pflege des demokratischen Rechtsstaats, für die sozialstaatliche Sicherung einer materiellen Grundversorgung der Bürger in Notfällen und für die Bereitstel-

Wolfgang Schäuble



Christian Wulff

Prof. Dr. Klaus Bade (Direktor des Institutes für Migrationsforschung an der Universität Osnabrück), Christian Wulff MdL, (Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands), Christoph Keese (Chefredakteur Welt am Sonntag), Dr. Wolfgang Schäuble MdB (Bundesminister des Innern), Prälat Dr. Stephan Reimers (Bevollmächtigter des Rates der EKD), Prof. Dr. Wolfgang Kersting (Direktor des Philosophischen Seminars der Universität Kiel) (v.l.)

Entfaltung der Person und dem Zusammenhalt der Gesellschaft und ob das notwendigerweise auf Kosten des anderen gehe. Die Podiumsteilnehmer legten dar, welche Grundvoraussetzungen zur Stärkung von Freiheit und Zusammenhalt erforderlich seien.

lung eines Bildungs- und Ausbildungssystems, das allen gute Chancen eröffne. Prälat Dr. Stephan Reimers, Bevollmächtigter des Rates der EKD, nannte religiöse Bildung als wesentliche Voraussetzung für ein Gefühl von Halt und Sicherheit. Ohne die Vorstellung eines Reichs des Friedens verlören die Menschen angesichts des Unfriedens in der Welt die nötige Zuversicht im Handeln. Auch die Würde des Menschen könne nicht anders als aus dem Glauben begründet werden.

Die Frage, was uns Deutsche präge, was das Selbstbild ausmache, vor dessen Hintergrund wir in einen fruchtbaren Dialog mit anderen Kulturen treten können, stellte Dr. Wolfgang Schäuble. Der Bundesinnenminister identifizierte hier drei Elemente: gemeinsame Erinnerungen und geteilte Gefühle, das Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung für Vergangenheit und Zukunft und unsere föderale Tradition. Letztere



müssten wir gerade heute stärken – als Grundlage für eine menschengemäße Politik und eine erfolgreiche Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen der Gegenwart.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands, Christian Wulff, forderte, der Staat müsse die kleinen Einheiten für Freiheit und Zusammenhalt der Gesellschaft stärken. Es müssten Bühnen gebaut werden, auf denen der Bürger tätig werden und Gemeinsinn praktizieren könne. Auch für die Fragen der Integration sei Subsidiarität der beste Lösungsansatz. Diese Forderung des niedersächsischen Ministerpräsidenten wurden von Klaus Bade, Direktor des Instituts für Migrationsforschung an der

Universität Osnabrück, unterstützt. Der Wissenschaftler berichtete von erfolgreichen, teils ehrenamtlichen Integrationsprojekten in Osnabrück. Bade bekräftigte, dass der deutsche Arbeitsmarkt qualifizierte Zuwanderung brauche, die man jedoch künftig besser steuern müsse. Das erfordere, bemerkte später Professor Kersting, aber auch unter anderem ein offensiveres Eintreten für unser Freiheitsverständnis gegenüber den Zuwanderern. In diesem Punkt waren sich die Diskutanten einig: Die Deutschen müssten ein gesundes Selbstbewusstsein entwickeln, um die Stärken Deutschlands klar benennen zu können.

Lebhaft wurde auch die Frage diskutiert, welches Verhältnis die Deutschen zur „Freiheit“ haben. Professor Kersting sprach unter starkem Beifall von einer Freiheitsentwöhnung der Menschen durch die Sozialstaatsentwicklung der letzten Jahrzehnte, der das neue CDU-Grundsatzprogramm – so hoffe er – entgegensteuern werde. Die Verteilungsgerechtigkeit müsse durch eine Gerechtigkeit der Entfaltungschancen ersetzt werden. Dann werde auch der Ruf der Freiheit wieder ein besserer. Wolfgang Schäuble ergänzte, Freiheit habe nur dann eine Chance, wenn erkannt und gelebt werde, dass sie auch die Übernahme von Verantwortung bedeute. Freiheit und Zusammenhalt seien aufeinander angewiesen. Man müsse immer wieder die Mitte zwischen beiden finden. Sonst überlebe die Freiheit nicht.

Bei der Zusammenfassung der Diskussion stellte Christian Wulff einen Konsens darüber fest, dass ein Mehr an so verstandener Freiheit die Lösung für viele Probleme in Deutschland sei – auch für die Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft.

## FORUM 3

## „Wie meistern wir die Herausforderungen der demographischen Entwicklung?“

„Wir müssen den demographischen Wandel akzeptieren und die Herausforderung aktiv gestalten“ – in diesem Punkt waren sich alle Diskutanten auf dem Podium einig. Moderiert vom stellvertretenden Chefredakteur der Wirtschaftswoche, Kai Peter Rath, diskutierten Wissenschaftler und Politiker über Strategien und Wahr-

seine Ursachen Positivbotschaften: Zum einen lebten die Menschen länger, zum anderen habe sich die Gleichstellung von Mann und Frau erheblich verbessert – allerdings mit der Folge, dass mehr Frauen einer Arbeit nachgingen und im Gegenzug weniger Kinder bekämen. Das Problem sei nicht der Wandel an sich, sondern der Mangel an Anpassungsfähigkeit. Notwendig sei es, das Altersbild anzupassen. In den Köpfen der Deutschen habe sich seit rund fünfzig Jahren das Bild der „Alten“ als Menschen ab 65 Jahren festgesetzt. Dies entspreche aber schon



nehmungen angesichts des demographischen Wandels.

Prof. Axel Börsch-Supan, Direktor des Forschungsinstituts Ökonomie und Demographischer Wandel, nannte es „grundfalsch“, das Thema des demographischen Wandels als etwas Negatives zu sehen. Vielmehr seien



Peter Müller

Prof. Dr. Herwig Birg (Direktor am Institut für Bevölkerungsforschung und Sozialpolitik an der Universität Bielefeld), Peter Müller MdL (Ministerpräsident des Saarlandes), Kai Peter Rath (stellvertretender Chefredakteur Wirtschaftswoche), Karin Wolff MdL (Hessische Kultusministerin), Philipp Mißfelder MdB (Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands), Prof. Axel Börsch-Supan, Ph. D. (Direktor Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel) (v. l.)

seit langem nicht mehr der Realität. Da die 70-Jährigen heute so fit sind wie 1950 die 60jährigen, sehe die Lage nicht so schlecht aus wie oftmals dargestellt.

Der saarländische Ministerpräsident Peter Müller warnte gleich zu Beginn davor, die Fra-



ge des demographischen Wandels einseitig auf das Thema der Sozialen Sicherung zu verengen. Das Altern und Schrumpfen der Bevölkerung betreffe darüber hinaus auch die Infrastruktur und das Zusammenleben der Menschen. Zudem müsse zwischen kurz- und mittelfristigen gegenüber langfristigen Folgen unterschieden werden. In den kommenden Jahren sei es nicht möglich, das Schrumpfen und Altern zu verhindern. Infolge dessen müsse der Generationenvertrag neu definiert und auf eine neue Grundlage gestellt werden.



Karin Wolff, Philipp Mißfelder, Axel Börsch-Supan

Vor allem der Anteil der Eigenvorsorge und die Kapitaldeckung in der Sozialversicherung müssten steigen. Bei der Pflegeversicherung sei es ein richtiger und wichtiger Schritt gewesen, die Beiträge für Nicht-Erziehende zu erhöhen. Ebenfalls ein richtiger Weg zu mehr Generationengerechtigkeit sei eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherung und ein Abbau der Verschuldung. Darüber hinaus sei eine höhere Geburtenrate notwendig, da durch Migration allein die Probleme nicht gelöst werden könnten. Gleichwohl betonte Müller, dass Deutschland für qualifizierte Arbeitskräfte attraktiver werden müsse.

Dass der Wunsch nach Kindern bei den Deutschen vorhanden sei, betonte die hessische Kultusministerin Karin Wolff. Allerdings werde er vielfach von Unsicherheiten

überlagert – hier sei Zuversicht gefragt. Wichtige Ansatzpunkte seien Bildung und Ausbildung. Deutschland könne es sich nicht erlauben, dass ein Viertel der Schüler zu „Risikokindern“ werde. Das gelte sowohl für deutsche als auch für Zuwandererkinder. Es sei notwendig, die Begabungen aller Kinder und Jugendlichen zu fördern – dies sei der beste Schutz vor einer Zukunft als Transferempfänger. Ferner rief die Ministerin Unternehmer dazu auf, auch über den Eigenbedarf hinaus auszubilden.

„Priorität für Eltern!“ ist nach Ansicht von Prof. Dr. Herwig Birg von der Universität Bielefeld das Gebot der Stunde. Vor allem auf dem Arbeitsmarkt müsse Frauen und Männern mit Kindern Vorrang vor Kinderlosen eingeräumt werden. Laut Birg gibt es einen Generationenkonflikt, da immer weniger junge Menschen für die Rente von immer mehr Älteren aufkommen müssen. Erschwerend werde die Lage dadurch, dass heute fast 60 Prozent der Jugendlichen die Schule nur noch mit Hauptschulabschluss oder ganz ohne Schulabschluss verließen. Die Gefahr sei eine sich immer weiter spaltende Gesellschaft innerhalb der Generationen. Die Trennungslinien verliefen unter anderem zwischen Eltern und Kinderlosen, zwischen Qualifizierten und Geringqualifizierten sowie zwischen denen, die selbst für sich sorgen könnten und denen, die dazu nicht willens oder in der Lage seien.

Philipp Mißfelder, der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, betonte, dass junge Menschen schwierig als Wähler zu gewinnen seien, da sie eine kleine Gruppe und politisch nicht eindeutig festgelegt seien. Gleichwohl sei der demographische Wandel für die CDU eine Chance, sich möglichst breit aufzustellen – man müsse unterschiedliche Wählerschichten anzusprechen und für sich gewinnen.

## FORUM 4

## „Wie können wir Familien helfen, Basis der Gesellschaft zu sein?“

„Wir müssen wertkonservativ sein, nicht strukturkonservativ“, umschrieb Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen den grundlegenden Ansatz der CDU-Familienpolitik. Als Fundament der Gesellschaft stünden Familien bei der CDU im Mittelpunkt, fügte die Ministerin hinzu. Gleichwohl müssten neue Wege beschritten und Strukturen verändert werden, um Familien weiter zu stärken.

Gaschke (Die ZEIT) machte zudem deutlich, dass die Zeit, in der Familienpolitik als „Gedöns“ abgetan wurde, endgültig vorbei sei. Der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Jürgen Seidel, unterstrich dies und verwies auf den großen Stellenwert der Familienpolitik in seinem Landesverband. Schließlich spürten die Bürgerinnen und Bürger, dass es hierbei um echte Zukunftsfragen gehe.

Professor Wassilios Fthenakis begrüßte ausdrücklich die Grundsatzprogramm-Debatte der CDU und ihre Auseinandersetzung mit der Familienpolitik. Die Politik



Ursula von der Leyen



Jürgen Seidel

Prof. Dr. Dr. E. Wassilios Fthenakis (ehemal. Leiter Staatsinstitut Frühpädagogik und Familienforschung München), Dr. Ursula von der Leyen (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Dr. Susanne Gaschke (Die Zeit), Jürgen Seidel (Landesvorsitzender CDU Mecklenburg-Vorpommern), Marie-Theres Kroetz-Relin (Schauspielerin und Mutter, Initiatorin der „Hausfrauenrevolution“) (v.l.)

An erster Stelle stehe die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hinzukommen müssten, so ein Ergebnis der Diskussion, neue bildungspolitische Ansätze zur frühen Förderung von Kindern, mehr Akzeptanz für ein neues Rollenverständnis von Vätern und eine familienfreundlichere Arbeitswelt. Forums-Moderatorin Susanne

müsse von klaren Grundsätzen ausgehen und eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die Frage vorantreiben: „Wie viel sind uns die Familien wirklich wert?“ Er wagte die Prognose, dass Wahlkämpfe in Deutschland künftig sehr stark vom Thema Familienpolitik bestimmt würden. Die Schauspielerin, Publizistin und Initiatorin der „Hausfrauenrevolution“, Marie-Theres Kroetz-Relin, lobte die Leistung der Hausfrauen. Ihr täglicher Rund-um-die-Uhr-Ein-

satz für ihre Familien finde immer noch nicht genug Anerkennung in unserer Gesellschaft.

Die Diskussion zeigte, dass die CDU keiner Familie vorschreiben will, wie sie ihr Leben zu organisieren habe. Stattdessen rief Familienministerin von der Leyen dazu auf, die Familien zu unterstützen und Rahmen-

bedingungen zu schaffen, innerhalb derer Kinder so gut wie möglich aufwachsen können. Insbesondere in kritischen Phasen, wenn die Familie wachse, brauche sie Unterstützung durch das Gemeinwesen. Genau an dieser wichtigen Schnittstelle setze das Elterngeld als ein wichtiges familienpolitisches Instrument an.



Weihbischof Manfred Grothe (Mitgl. Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Dt. Bischofskonferenz), Prof. Dr. Johanna Hey (Institut für Unternehmensrecht an der Universität Düsseldorf), Roland Koch MdL (Ministerpräsident des Landes Hessen), Dr. Hans Barbier (Vorsitzender des Vorstands Ludwig-Erhard-Stiftung), Prof. Dr. Georg Milbradt MdL (Ministerpräsident des Freistaates Sachsen), Dr. Friedbert Pflüger MdB (Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung), Hubertus Schmoldt (Vorsitzender der Gewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie) (v.l.)

## FORUM 5

### „Wie machen wir die Soziale Marktwirtschaft in der globalisierten Welt zukunftsfest?“

Über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft entwickelte sich eine lebhafte Diskussion. Neben Moderator Hans Barbier befassten sich Weihbischof Manfred Grothe, die Professorin für Unternehmensrecht Johanna Hey, die Ministerpräsidenten von Hessen und Sachsen, Roland Koch und Georg Milbradt, der Berliner CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger, sowie der Vorsitzende der IG BCE Hubertus Schmoldt mit diesem ebenso spannenden wie wichtigen Thema. Dabei wurde rasch deutlich, dass die Geschwindigkeit der wirtschafts- und ge-

sellschaftspolitischen Veränderungen im Zuge der Globalisierung Anpassungsprozesse der Sozialen Marktwirtschaft erfordere. Weihbischof Grote betonte, dass das Soziale immer wieder neu an der Realität gemessen werden müsse. Aufgabe der Politik sei es, diese neue Realität menschlich zu gestalten. Ministerpräsident Koch erklärte, dass eine humane Ordnung auf faire Wettbewerbsbedingungen angewiesen sei. Deutschland habe stets vom Wegfall der Grenzen und Beschränkungen profitiert. Dennoch müsse genau darauf geachtet werden, dass der weltweite Wettbewerb die Werteordnung der Sozialen Marktwirtschaft nicht zerstöre. Hier müssten Antworten gefunden werden, die der Wirklichkeit stand halten.



Georg Milbradt



Friedbert Pflüger



Roland Koch

Ministerpräsident Milbradt versicherte, dass die Antwort auf die Globalisierung nicht in der Errichtung neuer Schutzmauern und Abwehrmechanismen liegen dürfe. Von offenem Handel über Grenzen und Wertegemeinschaften hinweg würden alle profitieren. Man könne auch nicht davon ausgehen, dass sich über ein Mindestmaß hinaus unsere christlich geprägten Wertvorstellungen auf andere Staaten übertragen ließen. Für viele Staaten seien niedrigere Sozialstandards ein Wettbewerbsvorteil, den sie nicht freiwillig aufgeben wollten. Ziel müsse es sein, die Globalisierung so zu gestalten, dass netto mehr Menschen von ihr profitieren als durch sie beeinträchtigt würden. Gewinner und Verlierer werde es aber in jedem Fall geben.

Hubertus Schmoldt gab zu bedenken, dass diese Fragen auch die Arbeitnehmer beschäftigten. Diese wüssten, dass Veränderungen nötig seien, um den neuen Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen. Es gelte, sich bietende Wachstumschancen, wie z. B. auf dem Feld der Kernenergie oder der genetischen Forschung zu nutzen, selbst wenn man sich dann von eigenen Ideologien trennen müsse. Wichtig sei, dass Politik und Unternehmen die Bürger bei der Gestaltung der Sozialen

Marktwirtschaft Schritt für Schritt miteinbezogen.

Der rasche, drastische Abbau von Schutzrechten, wie von manchen propagiert, würde viele Bürger überfordern. Ein kontrolliertes gemeinsames Vorgehen verringere Ängste und führe zu dauerhaften Erfolgen.

Professorin Hey machte deutlich, dass Deutschland im Wettbewerb um die niedrigsten Steuern nicht bestehen könne. Eine Unternehmensteuerreform sei wichtig, reiche aber nicht aus, damit Deutschland dauerhaft zu den Gewinnern der Globalisierung gehöre. Die Lösung liege eher in der dauerhaften Steigerung der Attraktivität des Standortes Deutschland durch Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur. Der Abbau von Bürokratie und die Erhöhung von Transparenz seien ebenfalls notwendige Schritte für die Zukunft.

Ein erster wichtiger Ansatz sei, den Menschen die Angst vor der Globalisierung zu nehmen, erklärte Friedbert Pflüger. Die Glaubwürdigkeit der CDU als Volkspartei messe sich daran, inwieweit die Bürger auf dem Weg in die globalisierte Zukunft aktiv miteinbezogen würden. Dabei gelte es viel Aufklärung zu leisten. Länder wie Birma und Nordkorea, die sich gegenüber der Welt abgeschottet hätten, wären heute von bitters-

ter Armut betroffen, während zahlreiche Entwicklungs- und Schwellenländer Wachstums- und Wohlstandsgewinne verzeichneten. Zugleich verwies er darauf, dass die Verbreitung von Demokratie und die Erhöhung des Bildungsniveaus weltweit seit 1990 zugenommen hätten und zu den positiven Effekten der Globali-



sierung zählten. Dennoch sei es auf internationaler Ebene sinnvoll, Schritt für Schritt an einem internationalen Ordnungsrahmen zu arbeiten, der die negativen Begleiterscheinungen der Globalisierung begrenzen könne. Die WTO, die ILO und der Global Compact der Vereinten Nationen seien hierfür gute Beispiele.

## FORUM 6

## „Wie gestalten wir einen freiheitlichen Staat, der Sicherheit garantiert?“

Die Bedeutung der Inneren Sicherheit und die Rolle des freiheitlichen Staates standen im Mittelpunkt des sechsten Forums. Dr. Michael Lüders, Publizist und Moderator der Diskussion stellte eingangs die Frage, wie viel Freiheit der Staat angesichts der konkreten Bedrohung durch islamistische Terroristen überhaupt noch garantieren könne.

Dr. Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestags, erläuterte hierzu, dass das Spannungsverhältnis zwischen dem An-

sche Zusammenarbeit auf dem Feld der Sicherheitspolitik – unter anderem, weil sich die Erkenntnis verfestige, dass es sich nicht mehr um rein nationale, sondern um globale Herausforderungen handele. Besondere Betrachtung verdiene der Aspekt der kulturellen Grundlagen unserer Rechts- und Verfassungsordnung: „Diese müssen wir wieder viel ernster nehmen!“

Stephanie Fischer-Weinsziehr, Polizeipräsidentin der Stadt Essen, betonte die Tatsache, dass die angesprochene Justierung „jeden

Thomas de Maizière



Stephanie Fischer-Weinsziehr (Polizeipräsidentin der Stadt Essen), Jörg Schönbohm MdL (Innenminister des Landes Brandenburg), Dr. Norbert Lammert MdB (Präsident des Deutschen Bundestages), Dr. Michael Lüders (Publizist), Dr. Wolfgang Schäuble MdB (Bundesminister des Innern), Annegret Kramp-Karrenbauer MdL (Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport des Saarlandes), Dr. Thomas de Maizière (Bundesminister für besondere Aufgaben, Chef des Bundeskanzleramts) (v.l.)

spruch auf Freiheit und dem Anspruch auf Sicherheit immer wieder neu justiert werden müsse. „Abschließende Antworten kann es hierzu nicht geben!“ Er lobt die enge europäi-

Tag von jedem Polizisten bei jeder Handlung aufs Neue“ zu leisten sei. Ihr Fazit: „Falsch verstandene Toleranz gegenüber Straftätern darf es nicht geben“. Annegret Kramp-Kar-

renbauer, Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport des Saarlandes und Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble wiesen darauf hin, dass es im September zu einer Verständigung über die Einrichtung einer Anti-Terror-Datei kommen müsse. Freiheitliche Politik müsse, so Dr. Schäuble weiter, von ihrem Verständnis her zwangsläufig ein Stück weit den Ereignissen hinterherlaufen, die ein größeres Sicherheitsdenken hervorriefen. Er bekräftigt das Angebot an die in Deutschland lebenden Muslime: „Ihr lebt hier. Ihr seid ein wichtiger Teil des Landes. Ihr habt alle Möglichkeiten der Teilhabe und Gestaltung. Voraussetzung dafür ist aber, dass Ihr die in Deutschland geltenden Werte akzeptiert!“

Brandenburgs Innenminister Jörg Schönbohm beschrieb zunächst die Philosophie der CDU zum Verhältnis von Freiheit zu Sicherheit: „Um Freiheitsrechte ausüben zu können, brauchen wir Sicherheit!“ Als großes Problem stellte

er die bei uns lebenden Islamisten dar, die nicht bereit seien, unsere Rechts- und Wertordnung anzuerkennen. Dieser kleinen Minderheit müsse man entgegenreten, ohne dabei die übergroße Mehrheit der friedlichen und rechtschaffenen Muslime in unse-



Jörg Schönbohm



Norbert Lammert



Annegret Kramp-Karrenbauer

rem Land unter Generalverdacht zu stellen. Darüber hinaus machte er deutlich, dass es besondere Situationen geben könne, „wo wir die Bundeswehr im Innern brauchen, wenn sie Fähigkeiten hat, die bei der Polizei nicht vorhanden sind.“

Die Notwendigkeit der engeren Verzahnung von innerer und äußerer Sicherheit, fand sich in vielen Wortbeiträgen. Alle drei Innenminister verwiesen auf die Integrationspolitik als eine der großen künftigen Herausforderungen. Entsprechende Schwerpunkte habe die Innenministerkonferenz bereits gesetzt. Jörg Schönbohm: „Der längste Weg fängt mit dem ersten Schritt an, den ersten Schritt haben wir gemacht!“ Kanzleramtschef Dr. Thomas de Maizière warnte vor der Annahme, eine etwaige internationale Zurückhaltung Deutschlands bei Auslandseinsätzen könne dazu führen, als Ziel terroristischer Angriffe ausgespart zu bleiben. Zum Abschluss einer

sehr lebendigen Diskussion sagt er mit Blick auf die bevorstehende Aufgabe in Nahost: „Auch das historische Argument spricht für und nicht gegen die Wahrnehmung von Verantwortung, wenn die israelische Seite Deutschland darum bittet.“

## FORUM 7

## „Was müssen wir tun, um die Schöpfung zu bewahren?“

Im Mittelpunkt des ersten Teils der von der Parlamentskorrespondentin des Magazins Cicero, Martina Fietz, geleiteten Diskussion stand die Bewahrung der Schöpfung im Zusammenspiel von Verantwortung und Freiheit. In diesem Zusammenhang plädierte Prof. Dr. Honnefelder, Professor

der Menschheit darstelle. Strategien zur Vermeidung weiterer globaler Erwärmung seien ebenso notwendig wie geeignete Maßnahmen zur Anpassung an bereits eingetretene Veränderungen. So plädierte sie dafür, als Zwischenlösung auch die Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken zu diskutieren. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig über die entscheidende klimapolitische Bedeutung von Energieeffizienz und Energieeinsparungen im Gebäudebereich.



für Religionsphilosophie und Katholische Weltanschauung, für ein Festhalten der CDU am Begriff Schöpfung – durchaus auch in seinem religiösen Bezug.

Als Hauptproblemfelder der modernen Umweltpolitik identifizierten die Teilnehmer den Klimawandel und die rasante Verminderung der biologischen Vielfalt. So betonte die Baden-Württembergische Umweltministerin Tanja Gönner, dass die Belastung der Atmosphäre durch das Klimagas Kohlendioxid eines der zentralen Probleme



Tanja Gönner

Thilo Bode (Geschäftsführer der Verbraucherschutzorganisation Foodwatch), Dr. Annette Schavan MdB (Bundesministerin für Bildung und Forschung, stellvertretende Vorsitzende der CDU Deutschlands), Martina Fietz (Parlamentskorrespondentin Cicero), Kurt Döhmel (Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Deutsche Shell AG), Tanja Gönner (Umweltministerin des Landes Baden-Württemberg), Prof. Dr. Ludger Honnefelder (Guardini Professur für Religionsphilosophie und Katholische Weltanschauung) (v. l.)

Thilo Bode, Geschäftsführer der Verbraucherschutzorganisation foodwatch, betonte, dass Effizienzpotenziale besser ausgenutzt werden müssten – nur so könne Energiepolitik glaubwürdig sein.

Kontrovers diskutiert wurden die Rollen von Politik und Wirtschaft bei der Bewältigung der anstehenden Probleme. Kurt Döhmel, Vorstandsmitglied der Shell AG, forderte die Politik auf, sich auf das Setzen



verlässlicher Rahmenbedingungen zu beschränken und der Wirtschaft Freiheit bei der Erreichung der entsprechenden Ziele zu lassen. Dem widersprach Umweltministerin Gönner: am Beispiel der Feinstaubproblematik habe sich gezeigt, dass dies allein nicht ausreiche. Bundesforschungsministerin Dr. Annette Schavan stellte fest, dass forcierte Technologieentwicklung und intensiver Technologietransfer die Schlüssel zur Lösung der aktuellen Umwelt- und Klimaprobleme seien.

Die Herausforderungen der modernen Biomedizin standen im Mittelpunkt des zweiten Teils der Diskussion. Bundesforschungsministerin Dr. Schavan unterstrich, dass der Lebensschutz für Embryonen das Maximum des auf europäischer Ebene Durchsetzbaren sei. Die Bundesregierung habe kürzlich eine Klarstellung der EU-Kommission bewirkt, dass in Zukunft keine Forschungsprojekte mehr von der EU gefördert werden, bei denen Embryonen für die Herstellung von Stammzellen verwendet werden. Diese Einschätzung wurde von Prof. Dr. Honnefelder geteilt. Am Anfang der Bewertung und gesetzlichen Regelung der modernen Biomedizin müsse seiner Meinung nach die Frage stehen: „Wer wollen wir eigentlich sein?“. Das christliche Menschenbild bilde eine solide Grundlage zu deren Beantwortung. Der Mensch sei



Annette Schavan

nicht ein von Natur und Gesellschaft isoliertes Subjekt mit nahezu unbegrenzter Selbstbestimmung. Das christliche Menschenbild bezöge seine Überzeugungskraft und Aktualität gerade daraus, dass es die Endlichkeit und Unvollkommenheit des menschlichen Lebens akzeptiere.

Alle Diskutierenden waren sich darin einig, dass die gesellschaftliche Debatte zur Bioethik weiter intensiviert werden müsse. Die Wissenschaft sei gefordert, Potentiale der Biomedizin realistisch darzustellen und auf vorschnelle Ankündigungen neuer Therapien und Heilungschancen zu verzichten. Forschungsfreiheit und Wettbewerbsfähigkeit müssten außerdem im Einzelfall zurückstehen, wenn die menschliche Würde oder die Schöpfung betroffen seien. Diese klaren Prioritäten sollten nach Auffassung von Tanja Gönner und Annette Schavan auch im neuen Grundsatzprogramm der CDU zum Ausdruck gebracht werden.



Angela Merkel, Michael Sommer (Vorsitzender des DGB), Ingrid Sehrbrock (Stv. Vorsitzende des DGB), Frank Bsirske (Vorsitzender ver.di)

## FORUM 8

## „Welche Aufgaben hat Deutschland in Europa und in der Welt?“

Auf großes Interesse stieß das von Prof. Dr. Wolfgang Stock moderierte „außenpolitische Forum“.

Der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Franz-Josef Jung, beschrieb in einer „tour d'horizon“ die wichtigsten Auslandseinsätze der Bundeswehr auf dem Balkan,

Die ehemalige Bundesministerin Claudia Nolte, heute Leiterin des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Serbien, stellte die Rolle von Konfliktprävention und nachhaltiger Sicherheit im Bereich der Außenpolitik heraus. Auf dem Balkan sei die Perspektive auf EU-Vollmit-

Franz-Josef Jung



Elmar Brok

in Afghanistan und im Kongo – und künftig vor der Küste Libanon. Noch in diesem Jahr

werde die Bundesregierung in einem Weißbuch die deutschen Wertevorstellungen und Interessen verdeutlichen, die den Bundeswehreinsetzungen zugrunde liegen. Da sich innere und äußere Sicherheit immer weniger trennen ließen, strebe er eine Klarstellung zu möglichen Bundeswehreinsetzungen im Inneren an.

Elmar Brok MdB (Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen des Europäischen Parlaments), Prof. Dr. Volker Perthes (Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik), Dr. Franz-Josef Jung MdB (Bundesminister der Verteidigung), Prof. Dr. Wolfgang Stock (RCC Public Affairs GmbH, Berlin), Claudia Nolte (Bundesministerin a.D., Leiterin der Außenstelle Serbien der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.), Prof. Dr. Michael Stürmer (Professor emeritus für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Erlangen), Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Direktor Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin) (v. l.)

gliedschaft unabdingbar, um auf Dauer den politischen Willen für schmerzliche Anpassungsprozesse zu schaffen. Sie warf die Frage auf, ob außerhalb Europas die Vereinten Nationen diese Katalysfunktion wahrnehmen könnten. Deutsche Außenpolitik müsse durch Verlässlichkeit, das Eintreten für Menschenrechte und eine aktive Entwick-

lungspolitik überzeugen. Der Publizist Prof. Dr. Stürmer zeigte den Zusammenhang zwischen dem Konflikt im Libanon und der Auseinandersetzung der Weltgemeinschaft mit dem Iran über dessen Atomprogramm auf. Dies sei



ein „Konflikt von Weltklasse“ und wir befänden uns in einem entscheidenden Zeitraum. In diesem Zusammenhang äußerte Stürmer sein Bedauern darüber, dass die NATO mit ihrer neuen Rapid Reaction Force keine Rolle im Libanon übernehmen werde.

Der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Prof. Dr. Volker Perthes, bezeichnete die transatlantischen Beziehungen als in jeder Hinsicht unverzichtbar und stieß damit auf breite Zustimmung. Weder blinde Gefolgschaft noch Gegengewichtsbildung wären seines Erachtens nach für Europa im Zusammenspiel mit den USA sinnvoll, sondern das Ergreifen eigener europäischer Initiativen mit dem Ziel, eine gemeinsame transatlantische Vorgehensweise zu erreichen. Ein gelungenes Beispiel hierfür sei die Iran-Initiative der EU-3. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament, Elmar Brok, forderte die Bündelung des außenpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Potentials der Europäischen Union. Anders könne Europa seine Interessen in der Welt nicht wahrnehmen – weder durch die transatlantische Partnerschaft, noch in der UNO. Ohne einen erfolgreichen Abschluss des europäischen Verfassungsprozesses drohe eine Rückentwicklung der Europäischen Uni-

on zu einer zweiten OSZE. Die CDU müsse auch künftig die deutsche Europapartei bleiben.

Eine Fortentwicklung des Völkerrechts insbesondere zum Schutz der Menschenrechte forderte der Direktor der Deutschen Gesellschaft

für Auswärtige Politik, Prof. Dr. Eberhard Sandschneider. Die Intervention der NATO gegen den Genozid im Kosovo sei ein Beispiel eines solchen Militäreinsatzes für Menschenrechte gewesen. Im Hinblick auf die asiatische Herausforderung forderte Sandschneider ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten in der tagtäglichen Praxis der Außenpolitik, da sonst die Glaubwürdigkeit des Westens verloren ginge.

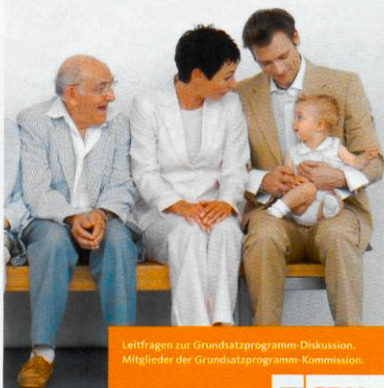
Am Ende der Veranstaltung diskutierten Forumsteilnehmer und -zuschauer sowie Fragesteller aus einem eigens für die Veranstaltung eingerichteten Blog vor allem Fragen zum Nahostkonflikt, zur Energiesicherheit, zur Bedeutung Lateinamerikas und zur Spannung zwischen Werten und Interessen. Insbesondere der Hinweis, auch Fragen, die über die europäische Integration und die transatlantische Partnerschaft hinausgingen, in der Grundsatzprogramm-Diskussion nicht zu vernachlässigen, wurde aufgenommen.

Alle Informationen zur Grundsatzprogramm-Diskussion der CDU unter [www.grundsatzprogramm.cdu.de](http://www.grundsatzprogramm.cdu.de)



UBG  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt, DPAG  
Entgelt bezahlt.

Grundsatzprogramm-Diskussion  
der CDU Deutschlands.



Leitfragen zur Grundsatzprogramm-Diskussion.  
Mitglieder der Grundsatzprogramm-Kommission.

[www.grundsatzprogramm.cdu.de](http://www.grundsatzprogramm.cdu.de)



## Leitfragen zur Grundsatzprogramm-Diskussion

Preis je **50 Stück: 9,00 €**  
inkl. MwSt.: 9,63 €

**Ihre Bestellung richten Sie bitte unter Angabe  
Ihrer Rechnungs- und Lieferanschrift per Mail an:  
[bestellung@cdu.de](mailto:bestellung@cdu.de)**